

**SICHERHEITSGIPFEL
AM 13.02.2026 IN BERLIN**

**MARTIN BURKERT
VORSITZENDER DER EVG**



**Sehr geehrte Damen und Herren,
ich spreche heute im Namen von 185.000
Eisenbahnerinnen und Eisenbahnern,
Busfahrerinnen und Busfahrern.**

**185.000 Menschen, die seit dem 4. Februar
geschockt und in tiefer Trauer sind.**

In Trauer um ihren Kollegen Serkan Çalar.

Doch aus dieser Trauer ist Wut geworden.
Wut darüber, dass die Warnsignale seit Jahren
ignoriert werden.

Wut darüber, dass Gewalt im öffentlichen Verkehr
längst zum Alltag geworden ist und niemand
ernsthaft handelt.

Bereits 2024 haben wir über 4.000 Kolleginnen
und Kollegen im Kundenkontakt befragt.

Das Ergebnis ist beschämend.
Und: es ist ein Skandal:

82%

**haben Anfeindungen,
Bedrohungen oder Übergriffe
in ihrem Berufsalltag erlebt.**

82 Prozent!

Und trotzdem musste erst ein Mensch sterben, ein
geschätzter Kollege, damit wir heute – in diesem
hochrangigen Teilnehmendenkreis – endlich über
die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen
sprechen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Es ist richtig, dass
wir heute hier sind. Aber unsere Kolleginnen und
Kollegen haben schon genug gehört;

- » Genug Ankündigungen.
- » Genug Prüfaufträge.
- » Genug Vertröstungen.

Sie erwarten keine Betroffenheitsrhetorik.
Sie erwarten Entscheidungen.

Deshalb richte ich eine klare Botschaft an die
politisch Verantwortlichen:

Handeln Sie jetzt.

- » **Ohne Kommissionen.**
- » **Ohne jahrelange Prüfverfahren.**
- » **Ohne Ausreden.**

Serkan Çalar hat seine Arbeit gemacht.

**Er hat sie gern gemacht.
Er hat nichts falsch gemacht.
Und dennoch musste er sterben.**

**EVG
kommt an.**

Ja: wer wegen einer Fahrscheinkontrolle zum Äußersten bereit ist, wird sich nicht allein durch neue Maßnahmen abschrecken lassen. Aber wir reden hier nicht nur über diese eine unfassbare Tat. Wir reden über tausende Vorfälle – jedes Jahr. Mit steigender Tendenz.

- » Beleidigungen.
- » Bedrohungen.
- » Körperliche Angriffe.

Das ist kein Einzelfall. **Das ist ein strukturelles Sicherheitsproblem.** Und: dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung.

Deshalb brauchen wir Sofortmaßnahmen.

Erstens: Kein Alleindienst im direkten Kundenkontakt – in allen Zügen und Bahnhöfen !

Kein Kollege und keine Kollegin darf allein auf dem Zug unterwegs sein. Immer. Nicht nur auf „Risikostrecken“. Ja, das kostet Geld. Aber ich frage Sie: Seit wann ist Sicherheit ein Kostenfaktor, über den man verhandelt?

Der Ausschreibungswettbewerb im Schienenpersonennahverkehr hat in den vergangenen Jahren vor allem eines erzeugt: Preisdruck. Und Preisdruck bedeutet Personaleinsparung. Auch beim Sicherheitspersonal.

Wer gut ausgebildetes Sicherheitspersonal will, das professionell deeskalieren kann und im Ernstfall handlungsfähig ist, muss bereit sein, dafür zu zahlen.

Und ich sage es deutlich an Bund und Länder:

Beginnen Sie jetzt kein „Zuständigkeits-Pingpong“:

Der Bund zeigt auf die Länder. Die Länder zeigen zurück. Und am Ende passiert – nichts. Mit dieser Ausweichtaktik muss Schluss sein.

Wer das Prinzip „Billig“ über das Prinzip „Sicher“ stellt, gefährdet Beschäftigte und Fahrgäste. Gefährdet sehenden Auges Leben und körperliche Unversehrtheit.

Zweitens: Bodycams flächendeckend – freiwillig und mit Tonaufzeichnung.

Alle Beschäftigten im Kundenkontakt müssen die Möglichkeit haben, Bodycams freiwillig einzusetzen. Und zwar in der **gesamten** Branche.

Unsere EVG-Betriebsrätinnen und Betriebsräte bei DB Regio haben hier Druck gemacht. Sie haben

gezeigt: Es geht. Jetzt müssen der Fernverkehr und alle anderen Unternehmen und Bereiche im Kundenkontakt nachziehen.

Und wenn wir es ernst meinen mit Abschreckung und effektiver Strafverfolgung, dann gehört auch die Tonaufzeichnung dazu.

Halbe Lösungen helfen niemandem.

Drittens: Besonderer strafrechtlicher Schutz.

Eisenbahnerinnen, Eisenbahner, Busfahrerinnen und Busfahrer brauchen einen klaren, besonderen strafrechtlichen Schutz.

Wir fordern für unserer Kolleginnen und Kollegen einen analogen Tatbestand zu § 115 StGB [Widerstand gegen oder tätlicher Angriff auf Personen, die Vollstreckungsbeamten gleichstehen] bzw. § 116 StGB NEU [Widerstand gegen oder tätlicher Angriff auf weitere Personen, die eine dem Gemeinwohl dienende Tätigkeit ausüben].

- » Höhere Strafraumen.
- » Konsequente Anwendung.
- » Schnellere Ermittlungen, etwa durch spezialisierte Sonderdezernate.

Der Staat muss deutlich machen: Wer Beschäftigte im öffentlichen Dienst angreift, greift den Rechtsstaat an.

Diese drei Maßnahmen sind kein Wunschzettel. Sie sind sofort umzusetzen.

Weil sie die Sicherheit von Beschäftigten und Fahrgästen spürbar verbessern werden.

Sie haben es heute in der Hand, dass auf den Tod von Serkan Çalar mehr folgt als Betroffenheit.

Sie haben es in der Hand, ein Signal zu setzen: Wir stehen hinter denen, die täglich dafür sorgen, dass unser Land mobil bleibt.

Unsere Kolleginnen und Kollegen halten den Verkehr aufrecht. Trotz Personalmangel, trotz Belastung, trotz zunehmender Aggression. Sie verdienen Respekt. Und Respekt zeigt sich nicht in Worten. Respekt zeigt sich im Handeln.

- » **Seien Sie heute klar.**
- » **Ducken Sie sich nicht weg.**
- » **Treffen Sie Entscheidungen.**

JETZT.